

# Land Grabbing – der Neo-Kolonialismus

Ernährungssouveränität wird als das Recht der Menschen und souveränen Staaten definiert, auf demokratische Weise ihre eigene Agrar- und Ernährungspolitik zu bestimmen. Sie fordert die Entwicklung lokaler und regionaler Selbstversorgung und möglichst enge Beziehungen zwischen Produktion und Verbrauch (lokale Märkte). Der Begriff wird als politisches Konzept mit entsprechenden Forderungen verstanden, unter anderem dem Zugang zu Land (territoriale Kontrolle). Die Liberalisierung des Welthandels gefährdet die Ernährungssouveränität. Seit der Finanzkrise 2008 haben internationale Investoren die Äcker der Welt als Geschäftsfeld entdeckt. Statt den lokalen Bauern bestimmen jetzt institutionelle Anleger über die Böden und untergraben somit die Ernährungssicherheit der entsprechenden Länder.

Wenn wir von Kolonialismus sprechen, denken die meisten nur an die Hochphase des Kolonialismus und somit an den Imperialismus ab 1880. Seine weltpolitische Dimension und folglich die interkontinentalen Verflechtungen begannen jedoch bereits in der Frühen Neuzeit, sprich: ab 1492 mit der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus.

Natürlich spielte dabei für die Europäer das religiöse Sendungsbewusstsein, das Missionieren, eine wichtige Rolle, doch der eigentliche Grund der Konquistadoren war schlichtweg die Bereicherung: Gewürze, Handelswaren und vor allem Gold! Die Globalisierung ist also keineswegs eine Erscheinung des 21. Jahrhunderts, sondern zeigte sich bereits im 16. Jahrhundert. Die Ära des Kolonialismus im engeren Sinne ging in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ende, als das am Boden liegende Europa nicht mehr in der Lage war, sich die Restauration kolonialer Herrschaft zu leisten. Neuere Bestrebungen, kolonialistische Machtstrukturen wiederherzustellen, bezeichnet man als Neokolonialismus. Eine Form zeigt sich dabei im Land Grabbing.

---

## Stefan Kessler

ist Immobilienberater und Dozent für Immobilien-Marketing. Seine letzte Publikation als Mitherausgeber und Mitautor: Raum fürs Leben schaffen – Integrale Ansätze für die Lebensraumgestaltung von morgen. Frankfurt a.M., 2017.

## Legale und illegale Aneignung von Land

Der Begriff ›Land Grabbing‹ steht für die legale und auch oft illegale Aneignung von Land, insbesondere von fruchtbarem Agrarland, durch wirtschaftlich und politisch

durchsetzungsstarke Akteure. Wenn es sich um eine illegale Aneignung handelt, spricht man von Landraub. Grabbing wird jedoch auch für legale, aber ungerechte Aneignungen gebraucht. Von Land Grabbing redet man ab einer Landfläche von etwa zehn Hektaren. Die Aneignung erfolgt meistens durch langfristige Pachtverträge, aber auch durch Kauf. Profitorientierte Konzerne eignen sich schon lange fruchtbares Agrarland an, um Kaffee, Kakao oder Bananen sowie Weizen, Reis und Mais für den Export anzubauen. Aber auch Energiepflanzen und vor allem Palmöl werden angebaut. Dies bietet den Investorenländern auch eine gewisse Ernährungs- und Energiesicherung. Hinzu kommt noch Water Grabbing, das heisst die Sicherung von Süsswasserquellen.

Fruchtbarer Boden erscheint uns (noch) selbstverständlich, doch wird er durch die Versiegelung (man denke hier auch an den Strassenraum) und Erosion (Monokulturen, kein Windschutz) immer weniger. Das Land kann nicht vermehrt werden, nur die Flächenerträge darauf (Ernteeinfuhr).

### **Ackerland als Spekulationsobjekt**

Die Ursachen für Land Grabbing sind vielfältig, aber die ökonomischen Interessen stehen im Vordergrund. Investoren haben nach der grossen globalen Finanzkrise von 2008 das Ackerland als neue sichere Anlagemöglichkeit entdeckt, das sie billig erwerben und mit billigen Arbeitskräften bewirtschaften können. Die Renditen sind dementsprechend hoch. Hedgefonds und Banken investieren viel Geld in diese Landgeschäfte. Ackerland wird somit – leider – oft zum Spekulationsobjekt.

Durch die fortschreitende Flächenversiegelung, grossflächige Erosionen, Landnutzungskonflikte (Umzonungen) und ökologische Belastungen wie der Klimawandel (kürzere Regenzeiten, Dürren, globale Erwärmung – Ernteauffälle) steigt die Landknappheit, landwirtschaftlicher Boden wird immer mehr zu einem knappen Gut, womit sich das ökonomische Interesse daran verstärkt. Zudem erhöht das anhaltende Bevölkerungswachstum zwangsläufig die Nachfrage nach Lebensmitteln.

Die Eigentumsverhältnisse von Grundstücken sind in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht nach unseren westlichen Standards geregelt: In den meisten Ländern fehlt oft ein festgeschriebenes Bodenrecht und somit eine Eigentumsgarantie. Auch besteht kein Grundbuch. Die Bauern haben einfach mündlich zugesicherte Nutzungsrechte, das heisst, sie bewirtschaften das Land nach den traditionellen Nutzungs- und Besitzesübereinkünften (nicht niedergeschriebenes traditionelles Bodenrecht). Und so ist Land Grabbing für Regierungen und ausländische

Investoren ein leichtes Spiel. Hier kommen auch die korrupten Regierungen zum Tragen, da die Rechtssicherheit sehr schwach ist. Finanzstarke ausländische Investoren, korrupte Entscheidungsträger und mangelnde Rechtssicherheit bilden eine gefährliche Mischung. Die herrschende Elite bereichert sich an den grosszügigen Vergaben der Landkonzessionen. Die Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung spielt hier kaum eine Rolle.

Im Weiteren herrscht eine mangelnde Transparenz über die Transaktionen zwischen den Investoren und den lokalen Regierungen. Die Verhandlungen und Abschlüsse finden im Geheimen statt. Eine demokratische Beteiligung am Entscheidungsprozess ist praktisch ausgeschlossen. Hinzu kommt noch, dass die meisten lokalen Bauern weder schreiben noch lesen können. Sie sind auf Gedeih und Verderb ihren (korrupten) Vertretern ausgeliefert. Landraub geschieht ja meistens in Ländern, in denen die Regierungen nicht funktionieren und korrupt sind (aber nicht nur dort). Oft werden ihnen bei Verhandlungen Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen versprochen. Am Schluss haben sie jedoch weder Arbeitsplätze noch die versprochenen Infrastrukturen (Schulen, Strassen usw.). Und ihr Land sind sie los. In unserem Rechtssystem würden wir von Übervorteilung (OR 21) oder Täuschung (OR 28) sprechen.

### **Palmöl – der Treiber für Land Grabbing**

Palmöl ist als Ursache des Land Grabbing wegen der höheren Medienpräsenz und dem starken Engagement verschiedener Umwelt-, Menschenrechts- und Konsumentenorganisationen (Bruno Manser Fonds, Brot für alle, Public Eye, Alliance Sud usw.) der breiten Öffentlichkeit weitaus mehr bekannt als andere Ursachen. Die Palmölindustrie gilt als eine weltumspannende Industrie. Sie produziert rund ein Drittel des global verfügbaren Speiseöls. Um ihr Image zu verbessern, gründete sie 2004 auf Initiative des WWF den ›Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl‹ (Roundtable on Sustainable Palm Oil, RSPO) mit Sitz in Zürich. Der Zweck der RSPO ist gemäss den Statuten die Förderung nachhaltiger Anbaumethoden für Palmöl durch Kooperation innerhalb der Lieferkette und offenen Dialog mit allen Akteuren.

Die RSPO hat eine Reihe von Prinzipien und Standards eingeführt, deren Einhaltung ein Zertifizierungssystem sicherstellen soll. Allerdings erlaubt ihr Label ›Nachhaltiges Palmöl‹ die Rodung von Regenwald, die Zerstörung von Torfmooren und die Verwendung von Pestiziden und Kunstdünger. Das RSPO-Label ist also weit davon entfernt, nachhaltig produziertes Palmöl zu kennzeichnen. Dass der WWF deshalb etwas ins schiefe Licht geraten ist, liegt auf der Hand. Dennoch berufen sich

Grossverteiler in der Schweiz wie Migros oder Coop auf dieses Label, das bei vielen Umweltschutzorganisation auf Kritik stösst, weil die wirtschaftlichen Interessen in ihren Augen eindeutig stärker gewichtet werden als die sozialen und ökologischen.<sup>1</sup> Greenpeace spricht gar von Etikettenschwindel und ›Greenwashing‹. Immerhin gab Coop 2018 bekannt, in Zukunft bei Eigenmarken andere Öle oder Bio-Suisse-zertifiziertes Palmöl zu verwenden.

Die Frage ist erlaubt, was für einen Wert ein Label hat, das eine Organisation oder ein Unternehmen sich selbst verleiht (Selbstdeklaration). Beim Palmöl fällt in erster Linie ins Gewicht, dass für seine Produktion jede Stunde Regenwald in der Grösse von 300 Fussballfeldern gerodet wird. Denn das tropische Klima ist für die Palmöl-Produktion geradezu ideal.

### Fakten & Zahlen

Die fünf grössten Palmöl-Importeure im Jahr 2017 (in tausend Tonnen):

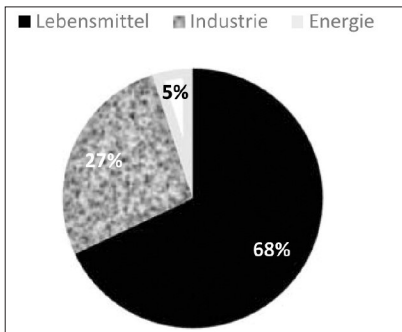
1. Indien: 10'200
2. EU: 6500
3. China: 4800
4. Pakistan: 3100
5. Bangladesch: 1600

Die fünf grössten Exporteure im Jahr 2017 (in tausend Tonnen):

1. Indonesien: 28'000
2. Malaysia: 17'300
3. Guatemala: 700
4. Benin: 580
5. Papua-Neuguinea: 550

Weltweit sind wegen Palmölplantagen rund 190'000 km<sup>2</sup> Regenwald und Torfgebiete verschwunden. Mehr als 4,5 Mal die Fläche der Schweiz.

*Die Verwendung von Palmöl im Jahr 2016*



Quelle: SRF, Infografik ›Umstrittener Rohstoff: Palmöl in der Welt‹, 26.1.2018

Viel Kritik seitens der Schweizer Bauern, Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen rief das Freihandelsabkommen hervor, das die Schweiz am 16. Dezember 2018 mit Indonesien abgeschlossen hat. Die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsklauseln bezüglich des Palmöls seien weder verbindlich noch transparent, monierte die Schweizer Palmölkoalition. Das Abkommen war der letzte Akt des abgetretenen Bundesrates Johann Schneider-Ammann.

### **Land Grabbing: die Akteure**

Wer sind die Akteure des Land Grabbing? Die Länder, aus denen die entsprechenden Investitionen stammen, lassen sich in drei Kategorien unterteilen. Da sind zum einen die expandierenden Länder Ostasiens – China, Südkorea, Indien und Japan. Sie verzeichnen mit ihren grossen Bevölkerungen ein hohes Wirtschaftswachstum. Ihr Bedarf an Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen steigt stetig. Mit der Produktion von Grundnahrungsmitteln für den eigenen Bedarf in Drittländern verfolgen sie das Ziel, weniger vom Weltmarkt abhängig zu sein. China muss rund 20 Prozent der Weltbevölkerung mit nur 10 Prozent der weltweiten Ackerflächen ernähren. Die zweite Gruppe sind die vom Nahrungsmittelimport abhängigen Golfstaaten. Sie verfügen über ein hohes Investitionskapital aus Ölgeschäften. Ihre Ackerland- und Wasserressourcen sind stark begrenzt. Auch diese Gruppe verfolgt mit der Landnahme eine höhere Unabhängigkeit vom Weltmarkt. Die dritte Gruppe stellen die multinationalen Grosskonzerne der Industriestaaten, die hauptsächlich in Anbauflächen für Agrarrohstoffe investieren. Europäische und nordamerikanische Agrarkonzerne sichern sich überwiegend Land zum Anbau von Pflanzen für die Energieproduktion (Mais, Zuckerrohr, Ölpflanzen), aber auch von Palmöl, Kautschuk und anderem mehr.

Ferner lassen sich die Akteure in staatliche, halbstaatliche und private Investoren unterteilen. Oft sind es Staatsfonds, staatliche oder halbstaatliche Unternehmen, die als Investor auftreten, während private Unternehmen eher die Produktion übernehmen. Staatliche und halbstaatliche Akteure finden sich beim Land Grabbing vor allem in den ostasiatischen Ländern und den Golfstaaten. Die Mehrzahl der Landkäufe beziehungsweise Pachtverträge werden aber von multinationalen privaten Grosskonzernen abgewickelt. Darüber hinaus sichern sich auch zunehmend Investmentfonds, Banken und Hedgefonds Ackerland in armen Ländern.

### **Land Grabbing: die betroffenen Länder**

Wo findet Land Grabbing vor allem statt? Besonders betroffen sind Ent-

wicklungsländer in Afrika und Asien wie zum Beispiel Angola, Äthiopien, Indonesien (Palmöl), Kambodscha, Kenia, die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo, Laos, Madagaskar, Malaysien, Mali, die Mongolei, Mosambik, Sambia, der Süd-Sudan, Tansania, Uganda, die Philippinen und Myanmar. Zurzeit steht Afrika besonders im Fokus, zum Beispiel von chinesischen Investoren.

Nicht nur in Afrika, Asien und Lateinamerika findet Land Grabbing statt, sondern zunehmend auch in Europa, wo rund 14 Prozent aller Land-Grabbing-Fälle zu verzeichnen sind. In Mittel- und Osteuropa etwa sind die Bodenpreise zurzeit noch sehr niedrig, und die Investoren rechnen mit einer grossen Preissteigerung. Betroffene Länder sind hier die Ukraine, Rumänien, Litauen und Bulgarien. Und selbst Westeuropa ist nicht ausgenommen: So kauften in den Jahren 2015/2016 zwei chinesische Unternehmen und zwei chinesische Privatpersonen 1700 Hektaren Land im französischen Department Indre. Nun, in Frankreich ist das Grundeigentum geregelt, das Geschäft war legal. Das Problem aber liegt darin, dass dieses Agrarland die Ernährung der lokalen Bevölkerung sicherstellen und die Erträge nicht für den Export bestimmt sein sollten. Der chinesische Landkauf hat in Frankreich hohe mediale Wellen geworfen.

Was zurzeit ebenfalls zu denken gibt, ist die Tatsache, dass der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro das Amazonasgebiet wirtschaftlich stärker nutzen will und deshalb radikal gegen den Regenwald und die dort lebende indigene Bevölkerung vorgeht. Das Missionswerk der Katholischen Kirche in Brasilien (CIMI) hat ausgerechnet, dass es seit Beginn dieses Jahres 2,5 Mal mehr Angriffe auf Schutzgebiete für indigene Völker gegeben hat als zuvor. Bolsonaro will Wirtschaftswachstum auf Biegen und Brechen, Umweltpolitik steht bei ihm nicht im Regierungsprogramm (wie übrigens bei Donald Trump auch). So werden die Weide- und Agrarflächen ausgeweitet, die indigene Bevölkerung vertrieben und der Regenwald noch weiter abgeholzt. Aktuelle Satellitenaufnahmen der brasilianischen Raumfahrtbehörde zeigen, dass im Juni dieses Jahres 60 Prozent mehr Regenwald gerodet wurden als im gleichen Monat des Vorjahres (769 km<sup>2</sup>) – ein Rekord. Der Raubbau am Regenwald hat unweigerlich Auswirkungen auf den Klimawandel und auf die Biodiversität. Denn jedes zehnte Lebewesen der Erde ist am Amazonas zu Hause.

## Ökologische Folgen und andere Auswirkungen

Die Auswirkungen des Land Grabblings sind gewaltig, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen in den betroffenen Ländern kata-

strophal. Die kleinbäuerlichen Strukturen werden zerstört, obwohl der Schlüssel einer gesicherten Welternährung eigentlich bei den Kleinbauern liegt. Kleinbauern produzieren zehnmal mehr Energie, als sie verbrauchen. Bei der Agrarindustrie ist es genau umgekehrt: Sie verbraucht zehnmal mehr Energie, als sie produziert. Indem man den Kleinbauern ihre Existenzgrundlage nimmt, entsteht eine Binnenmigration und ein entsprechender Druck auf die Städte (Urbanisierung, Slums). Mit der Zerstörung des Regenwalds sterben Tier- und Pflanzenarten aus, und die ausgedehnten Monokulturen mit ihrem zwangsläufig intensiven Pestizid- und Mineraldüngereinsatz und der Übernutzung des Bodens erhöhen die Risiken für die Umwelt weiter. Von dem teilweise genetisch veränderten Saatgut gar nicht zu reden. Ein weiterer Aspekt ist der erhöhte Wasserverbrauch solcher Kulturen, der die Grundwasserspiegel sinken lässt, was für die lokale Bevölkerung verheerende Auswirkungen hat.

### **Hat Land Grabbing auch positive Folgen?**

Den enteigneten Kleinbauern werden viele Versprechungen gemacht, ihre Situation nachhaltig zu verbessern. In den meisten Fällen bleibt es jedoch bei leeren Zusicherungen:

#### *Schaffung von Arbeitsplätzen und Stärkung der lokalen Wirtschaft*

Eine gewisse Zahl von Arbeitsplätzen wird tatsächlich oft geschaffen, doch der Netto-Saldo ist sehr schlecht. Die Beschäftigten sind meistens auch schlecht bezahlt und arbeiten unter widrigen Bedingungen. Die besseren Jobs werden mit Personal aus dem Investoren- oder einem anderen Land besetzt. Gerne wird auch erwähnt, dass die lokale Wirtschaft von den Neuansiedelungen profitiere und einen Boom erlebe. Das ist aber nur bedingt der Fall. Höchstens die lokale Gastronomie oder Hotellerie kann profitieren.

#### *Ausbau der Infrastruktur*

Die Infrastruktur wird zwar teilweise ausgebaut, aber nur dann, wenn sie dem Agrarland dient. In erster Linie geht es um Wege und Strassen. In den Dörfern wird nicht investiert. Auch findet kein Technologietransfer statt.

#### *Investitionen in die Landwirtschaft*

Diese Investitionen sind tatsächlich beachtlich, aber die lokale Bevölkerung profitiert nicht davon. Es gibt keinen nachhaltigen Aufschwung.

## Die Schweizer Akteure

### *Banken*

Die Credit Suisse ist eine wichtige Schweizer Finanzdienstleisterin, die immer wieder im Zusammenhang mit Land Grabbing in Erscheinung tritt. Sie bietet Palmölfirmen in Indonesien, die die Menschenrechte und Gesetze nicht beachten, ihre Dienste an. Die Credit Suisse, aber auch die Bank J. Safra Sarasin finanzierten die Plantagenfirmen Bumitama und IOI Corporation. Die Organisation Brot für alle hat in der Studie<sup>2</sup> die finanziellen Verbindungen zwischen ausgewählten Schweizer Banken beziehungsweise institutionellen Investoren und ausgewählten Konzernen, die Land Grabbing betreiben, untersuchen lassen.

### *Umstrittener Windpark in Norwegen*

›Fosen Vind‹ ist ein Komplex von sechs Onshore-Windparks im norwegischen Fosen, der im Zeitraum 2018/20 nach und nach in Betrieb genommen werden soll. Mit einer Nennleistung von 1 GW wird das Projekt Europas grösster Onshore-Windpark sein und die Kapazität Norwegens zur Windenergie-Erzeugung mehr als verdoppeln. Baubeginn war am 20. August 2016. Die BKW Energy Indirekt und Credit Suisse Energy Infrastructure Partners AG sind seit 2016 Teil dieses Projekts. Zusammen mit dem Konsortium Nordic Wind Power DA bilden sie die Fosen Vind DA. Diese wird beschuldigt, sowohl die Kultur als auch die Lebensgrundlage der indigenen Gemeinschaft der Südsamen mit diesem Projekt zu gefährden. Konkret geht es um die Verletzung von Landrechten und die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Südsamen. Eine samische Rentiergemeinschaft hat Klage gegen den Windpark eingereicht wegen Verletzung des Menschen- und Völkerrechts. Die Investoren aus der Schweiz halten dagegen, es sei alles rechtens gelaufen, das Projekt sei bewilligt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker und der grösste norwegische Naturschutzverband protestieren gegen den Windpark und unterstützen die Südsamen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker nimmt mit einer eigenen Kampagne die BKW und die Credit Suisse in die Pflicht, denn sie sieht hier auch die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verletzt. Sie fordert, dass die Landrechte (Nutzungsrechte) der Sami anerkannt werden müssen. Der UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (CERD) ist auf die Klage der Rentierhalter eingetreten und fordert einen Baustopp auf dem Berg Storheia, solange der Fall nicht rechtlich geklärt ist. Der ›Kassensturz‹ des Schweizer Fernsehens hat den Fall ausführlich dokumentiert.<sup>3</sup>



### *J. Safra Group / IOI Group*

Die J. Safra-Gruppe des brasilianischen Multi-Milliardärs Joseph Y. Safra (\*1938) ist die Mutter der Bank Sarasin und besitzt Aktien der umstrittenen malaysischen IOI Corporatio Berhad. Safra gilt als einer der vermögendsten Bankiers der Welt und ist Oberhaupt einer der reichsten Familien Südamerikas. Auch in der Schweiz zählt er zu den 300 Reichsten.<sup>4</sup> Das Unternehmen IOI Group wurde 1969 gegründet und war anfangs in der industriellen Sauerstoffproduktion tätig. Seit den 1980ern spezialisierte sich das Unternehmen zunehmend auf die Produktion von Palmöl. Es besitzt Plantagen in Malaysia und Indonesien auf Flächen, auf denen früher tropischer Regenwald stand (BBC News). Die IOI Group betreibt illegale Abholzung. Zu ihren Kunden gehören Unilever und Neste Oyi, ein finnischer Biokraftstoff-Hersteller. Nestlé hat 2012 den Kauf von Palmöl bei IOI eingestellt. Der Konzern, der rund 30'000 Mitarbeiter beschäftigt, ist Mitbegründer des ›Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl‹ und hat das Programm aktiv mitgestaltet.

### *Addax Bioenergy, Genf*

Der Fall Addax ist der breiteren Öffentlichkeit etwas besser bekannt, zumal auch das Wirtschaftsmagazin ECO des Schweizer Fernsehens zweimal darüber berichtet hat.<sup>5</sup> Brot für alle hat den Fall sehr gut dokumentiert und verfügt über umfangreiches Material. Anscheinend handelt es sich um einen der am besten untersuchten Fälle von Land Grabbing in Afrika. Auch hier zeigt sich das gleiche Muster: Reiche Staaten und Unternehmen reissen sich um Ackerland, vornehmlich in Afrika und Asien, und der weltweite Agrarmarkt entwickelt sich zum Milliardengeschäft (im vorliegenden Fall kam es anders). Die einen nennen es Land Grabbing oder Neo-Kolonialismus, die anderen beschönigen es und sprechen von landwirtschaftlichen Investitionen und Entwicklungshilfe.

Der exemplarische Fall Addax spielt sich in Sierra Leone (Westafrika) ab. 2009 pachtete die Addax Bioenergy eine riesige Fläche gutes bebauten Agrarland, um dort Zuckerrohr anzupflanzen. Daraus sollte Bioethanol werden, also Bio-Treibstoff für europäische Autos, obwohl in Sierra Leone Hunderttausende an Hunger leiden. Die Fläche misst rund 23'500 Hektaren (ursprünglich 54'000), was der Grösse des Kantons Zug entspricht. Die Pachtverträge wurden auf 50 Jahre abgeschlossen. Die lokalen Bauer hatten darauf vor allem Bohnen, Reis und Casava (Maniok) angepflanzt, mussten ihr Land aber Addax abtreten. 2011 begann der Genfer Konzern mit grosser Unterstützung durch öffentliche Gelder (indirekt auch Deza und das Seco), in Sierra Leone Zuckerrohr anzupflanzen. Zahlreiche Dörfer verloren dabei grosse Teile ihres Landes.

Wo vorher Wald, Bäche, Quellen, Öl- und Kakaopalmen, Reis- und Maniokfelder anzutreffen waren, wächst nun Zuckerrohr. Die moderne Produktionsanlage wurde aber bereits im Juni 2015 stillgelegt, da sie zu wenig produzierte.<sup>6</sup> Im selben Monat verkündete Addax dann, dass das Projekt zu 75 Prozent an den britisch-chinesischen Konzern Sunbird Bioenergy verkauft werde. 25 Prozent blieben im Besitz von Addax. Vor dem Verkauf hatte Addax alle Kredite an die Entwicklungsbanken zurückgezahlt. Sunbird Bioenergy ist Entwickler und Betreiber von nachhaltigen Bioenergie-Projekten in ganz Afrika südlich der Sahara.

Die sozialen und ökologischen Verpflichtungen, die Addax eingegangen war, hatten mit dem Verkauf ihre Gültigkeit verloren. Versprochen wurden der Bevölkerung Jobs, Schulen, Moschee und Spitäler – eben Entwicklungshilfe. Realisiert wurde wenig. Addax sollte auch Elektrizität generieren, verbrauchte anfänglich aber alles selber. Heute speist Sunbird den Überschuss ins nationale Netz ein. 52 Dörfer und mehr als 13'000 Kleinbauern, meist Analphabeten, sind rund um die Stadt Makeni in der Northern Province in Sierra Leone vom Zuckerrohrabbau durch Sunbird betroffen.

Seit das landwirtschaftliche Unterstützungsprogramm von Addax ausgelaufen ist, sind die Menschen gezwungen, teuer importierten Reis zu kaufen (für rund 20 Cents pro Tasse). Dafür verfügen aber nur wenige über genug Geld. Hunderte Menschen haben ihre Anstellungen bei Addax verloren. Später wurden sie von Sunbird wieder eingestellt, wenn mehrheitlich auch nur temporär. Kleine Nebengeschäfte wie die Vermietung von Unterkünften oder der Betrieb von Essständen sind zusammengebrochen. Im Mai 2019 wurde bekannt, dass Sunbird auf der Suche nach neuen Mitteln die Brown Group aus Sri Lanka als Investoren mit an Bord geholt hat – neben den stockenden Neuverhandlungen der Pachtverträge eine weitere Unsicherheit. Tatsache ist, dass das Projekt ohne die Gelder der Entwicklungsbanken nie zustande gekommen wäre, was diese, wie auch die DEZA und das Seco, mit in die Verantwortung nimmt. Obwohl Sunbird den Betrieb von Plantage und Produktionsanlage weiterführt, bleibt die versprochene Entwicklung aus und die Zukunft ungewiss. Ein Rückbau der geplanten Monokultur-Flächen hin zu Feldern, die von der lokalen Bevölkerung erneut bebaut werden könnten, würde viele Jahre und enorme Ressourcen benötigen.

### *Lundin Petroleum AB*

Aufhorchen liess im Frühling 2019 die Schlagzeile, dass die schwedische Justiz gegen Alex Schneider, den Schweizer CEO von Lundin Petroleum, ermittelt. Auch der VR-Präsident Ian Lundin steht unter Verdacht,

Beihilfe zu Kriegsverbrechen geleistet zu haben. Lundin Petroleum AB ist eine Unternehmensgruppe aus Stockholm, die von Genf aus operiert. Gegründet 2001, ist sie weltweit in der Produktion von Erdöl und Erdgas tätig, darunter von 1997 bis 2003 im Sudan. Die schwedischen Ermittler verdächtigen Ian Lundin und Alex Schneider, bei der Ölsuche im Südsudan gemeinsame Sache mit den Streitkräften und Milizen des Regimes des damaligen Diktators Omar Al-Bashir gemacht zu haben. Sie hätten dabei in Kauf genommen, dass zehntausende Zivilisten aus der Region mit den Ölvorkommen vertrieben oder umgebracht wurden. Die freischaffende schwedische Journalistin Kerstin Lundell hatte bereits 2010 in ihrem Buch ›Business in Blood and Oil‹ (›Geschäfte in Blut und Öl‹) behauptet, dass Lundin Petroleum in Afrika an Menschenrechtsverletzungen beteiligt war. So zum Beispiel an Erschiessungen, dem Niederbrennen von Dörfern und anderem mehr. Ihr zweites Buch wurde 2013 veröffentlicht: ›Das schwarze Blut: Kampf um das Oil‹. NGOs wie Human Rights Watch und Pax haben die Praxis der gewaltsamen Vertreibungen durch das Al-Bashir-Regime zum Zweck der Ölförderung im Detail dokumentiert. Die beiden Manager beteuern ihre Unschuld. Die schwedische Staatsanwaltschaft entscheidet voraussichtlich im Sommer 2019 über eine Anklageerhebung gegen die beiden Manager.

### **Menschenrechtsverletzungen durch Land Grabbing**

Artikel 11 des Sozialpakts (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966) hält klar fest, dass das Menschenrecht auf Nahrung die nationalen Regierungen verpflichtet, die Ernährung ihrer BürgerInnen zu gewährleisten und zu sichern. Somit verletzt Land Grabbing das Menschenrecht auf ausreichende Ernährung. Hinzu kommt die ILO-Konvention 169, das »Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern«. Es ist die bis heute einzige internationale Norm, die den indigenen Völkern der Erde rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten garantiert. Im Zusammenhang mit Land Grabbing sind die Artikel 13 bis 19 (Recht auf Land und Ressourcen) und insbesondere 14 und 15 interessant. Sie lauten wie folgt:

*Art. 14:*

*Die Eigentums- und Besitzrechte der betreffenden Völker an dem von ihnen von alters her besiedeltem Land sind anzuerkennen. Ausserdem sind in geeigneten Fällen Massnahmen zu ergreifen, um das Recht der betreffenden Völker zur Nutzung von Land zu schützen, das nicht ausschliesslich von ihnen*

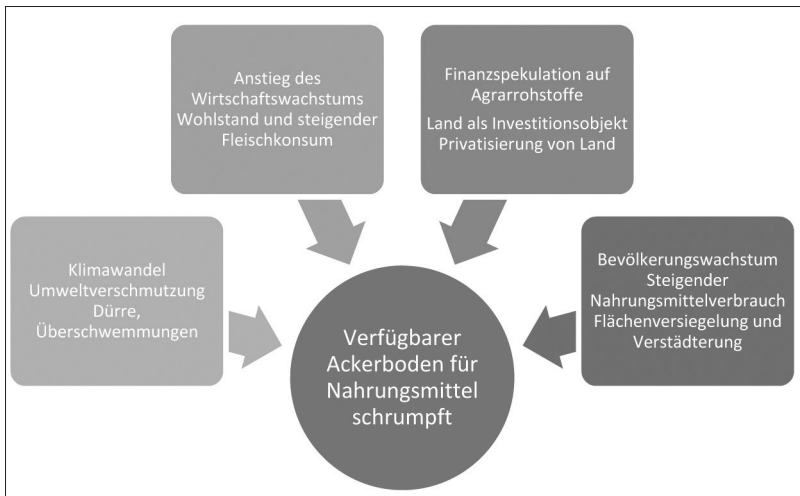
*besiedelt ist, zu dem sie aber im Hinblick auf ihre der Eigenversorgung dienenden und ihre traditionellen Tätigkeiten von alters her Zugang haben. Besondere Aufmerksamkeit ist diesbezüglich der Lage von Nomadenvölkern und Wanderfeldbauern zu schenken.*

*Art. 15*

*Die Rechte der betreffenden Völker an den natürlichen Ressourcen ihres Landes sind besonders zu schützen. Diese Rechte schliessen das Recht dieser Völker ein, sich an der Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen zu beteiligen.*

### Brot, Land und Freiheit

Gemäss der Organisation Foodsoy (Volkskoalition für Ernährungssouveränität) sind bislang bereits 97,5 Millionen Hektar Land aufgekauft und 133 Millionen Hektar gepachtet worden (gemäss Oxfam 227 Millionen). Das sind rund 60 Prozent der Agrarfläche Europas (178 Millionen Hektar). Das Land Grabbing wird weiter zunehmen. Die Gründe dafür sind in folgender Grafik zusammengefasst:



*Eigene Darstellung, gestützt auf Global Lernen, Service für Lehrerinnen und Lehrer, 1/2011, Herausgeber: Brot für die Welt.*

In diesem Zusammenhang muss auch die internationale Organisation La Via Campesina (spanisch: Der bäuerliche Weg) erwähnt werden, die sich stark für die Rechte der Bauern und die Ernährungssouveränität einsetzt. Es handelt sich um ein weltweites Bündnis von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, LandarbeiterInnen, Fischern, Landlosen und Indigenen aus über 80 Ländern. Gegründet 1992, hat sich die Organisation zur grössten politischen Bewegung der Welt entwickelt. Der Zusammen-

schluss entstand nicht zuletzt aus der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern und Bäuerinnen angesichts der zunehmenden Globalisierung, die inzwischen auch die Landwirtschaft erfasst hat. Sie kämpfen für eine Umgestaltung des von Konzerninteressen dominierten und auf Profite ausgerichteten globalen Agrar- und Ernährungssystems.

La via Campesina begründete den Begriff »Ernährungssouveränität«, der an der Welternährungskonferenz von 1996 aufgenommen wurde. Hierbei handelt es sich nicht um einen eindeutig definierten Fachbegriff, sondern um ein politisches Konzept, das letztlich das politische Programm von La Via Campesina bildet. Es umfasst Aspekte wie Landformen, die Achtung der Rechte der Bauern und Landarbeiter, das Menschenrecht auf Nahrung, die Ablehnung des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft, den Schutz von Kleinbauern vor billigen Importen (Dumping) und soziale Gerechtigkeit. Oft wird dieses Konzept zusammengefasst mit den Worten »Brot, Land und Freiheit«.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. »Faktenblatt RSPO – Inhaltliche Schwächen und institutionelle Mängel des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl/Roundtable on Sustainable PalmOil (RSPO)« der Palmöl-Koalition vom 23.2.2018, verfasst von Johanna Michel, Bruno Manser Fonds. [www.publificeye.ch/fileadmin/doc/Handel/2018\\_BMF\\_RSPO\\_Faktenblatt.pdf](http://www.publificeye.ch/fileadmin/doc/Handel/2018_BMF_RSPO_Faktenblatt.pdf)
- 2 »Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions«, Barbara Kuepper, Ward Warmerdam, Profundo, 16. November 2016. [https://brotfueralle.ch/content/uploads/2017/07/profundo-studie-Financial-links-Swiss-FIs-palm-oil-Brot-f%C3%BCr-alle\\_DEF.pdf](https://brotfueralle.ch/content/uploads/2017/07/profundo-studie-Financial-links-Swiss-FIs-palm-oil-Brot-f%C3%BCr-alle_DEF.pdf).
- 3 Windpark in Norwegen: Schweizer Investment verdrängt Indigene; Kassensturz – das Magazin für Konsum, Geld und Arbeit des SRF; 11. Dezember 2018.
- 4 Gemäss dem Schweizer Wirtschaftsmagazin Bilanz belegte die Familie Safra 2018 mit einem geschätzten Vermögen von 19 bis 20 Milliarden Schweizer Franken den 4. Platz.
- 5 Addax Bioenergy: Schweizer Bioprojekt in Schiefelage. ECO – Das Wirtschaftsmagazin des SRF; 21. März 2016. Land Grabbing: Addax Bioenergy verärgert afrikanische Bauern. ECO – Das Wirtschaftsmagazin des SRF; 20. Juni 2011.
- 6 Geplant waren 85'000 m<sup>3</sup> Bioethanol, tatsächlich erzielt wurden aber weniger als 10'000 m<sup>3</sup>.

## Literatur und Filme

- Brot für alle: Dokumentation. Gespräch mit Miges Baumann (Leiter Entwicklungspolitik), Bern, 21. Januar 2019
- Engel, Astrid: Fünf Jahre später – Eine Bilanz von NRO fünf Jahre nach dem Welt ernährungsgipfel in Rom; Kapitel: Ernährungssouveränität noch immer ein unbekannter Begriff? Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn, 2002.
- Herzog, Roland; Cavalli, Franco; Kiener Nellen, Margret; Lehmann, Edi; Lieberherr, Silvia; Mäder, Ueli; Hans, Schäppi; Suter, Walter; Jean Ziegler – citoyen et rebelle. Der lange Weg von Thun nach Genève pour un monde plus juste. edition 8, Zürich, 2019.
- Langbein, Kurt: Landraub – Die globale Jagd nach Ackerland. Ecovin Verlag, Wals bei Salzburg, 2015.
- Langbein, Kurt; Brüser, Christian: Landraub. Regie/Produktion: Kurt Langbein, Wien, 2015 (in Zusammenarbeit mit dem ORF).
- Pearce, Fred: Land Grabbing – Der globale Kampf um Grund und Boden. Verlag Antje Kunstmann GmbH, München, 2012.
- Pelizaes, Ludolf: Der Kolonialismus – Geschichte der europäischen Expansion. marixverlag, Wiesbaden, 2017.
- Die Rundschau – Das Polit-Magazin des SRF: Schweizer Öl-Manager unter Verdacht: Ermittlung wegen Kriegsverbrechen im Sudan. 1. Mai 2019.